

## **WIR STEHEN MIT ISRAEL!**

**Die SPD Dortmund verurteilt den terroristischen Angriff und die barbarischen Gräueltaten der Hamas. Nun gilt: Solidarität mit den Opfern und hoffen auf ein Ende der Gewalt!**

Seit den Morgenstunden des 7. Oktobers 2023 ist der Staat Israel einer noch nie dagewesenen Welle terroristischer Angriffe ausgesetzt. Willkürliche Hinrichtungen, Verschleppungen, das Massaker an Besucher\*innen eines Musikfestivals und Gräueltaten an Männern, Frauen und Kindern sind durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren. Die SPD Dortmund verurteilt diese barbarischen Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf das Schärfste. Wir stehen in großer Solidarität an der Seite Israels, seiner Bürger\*innen und all jenen, die unter der Folge des Terrors leiden. Israel hat das Recht und die Pflicht, sich und seine Bürger\*innen zu verteidigen. Das Existenzrecht Israels steht außer Frage und ist durch nichts zu relativieren.

Auch wenn der Konflikt weit entfernt von uns stattfindet, betrifft er uns doch auch in Dortmund. Schließlich ist Dortmund seit vielen Jahren eng verbunden mit der Region. Zahlreiche Mitbürger\*innen kommen von dort und haben bei uns ein neues Zuhause gefunden. So bestehen bereits seit 1981 eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Netanya und seit 2018 eine kommunale Projektpartnerschaft mit der Stadt Dura in Palästina. Daraus sind enge Freundschaften entstanden. Diese gilt es gerade in diesen Zeiten aufrechtzuerhalten.

Die Gedanken der SPD Dortmund sind bei den Opfern der Angriffe, ihren Hinterbliebenen, den Geiseln und allen, die um Leib und Leben bangen. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Das gilt gerade auch in schweren Zeiten. Dieser größte Massenmord an Jüd\*innen nach dem Holocaust macht deutlich, wie sehr es Israel als Schutzraum für Jüd\*innen braucht. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind daher für die SPD Dortmund nicht verhandelbar. Dementsprechend begrüßt die SPD Dortmund, dass die Bundesregierung auf der Grundlage des Völkerrechts Israel alles Notwendige und Erwünschte zur Verfügung stellt, was es zur Selbstverteidigung braucht. Das Völkerrecht ist Grundlage und zugleich Rahmen. Daher müssen Kollektivbestrafungen der palästinensischen Bevölkerung dringendst vermieden werden. Beide Seiten sind aufgerufen auf Gewalt zu verzichten und zu einem Dialog zurückzukehren.



Die Hamas stellt sich mit ihrem Terror-Angriff auf Israel und ihren abscheulichen Verbrechen in eine Reihe mit islamistischen Terrororganisationen, wie dem ISIS. Sie hat damit jede politische Legitimation verloren, die Interessen der Menschen in Gaza zu vertreten. Die politische, organisatorische und militärische Zerschlagung der Hamas ist eine Befreiung für Israel und die Menschen in Gaza. Deshalb fordern wir mit aller Entschiedenheit, dass jede Unterstützung und Hilfe für die Palästinensischen Gebiete umgehend auf den Prüfstand kommen. Nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch in der Europäischen Union. Alles, was im Verdacht steht, Terrororganisation in Gaza zu dienen, muss sofort gestoppt werden. Eine Terrororganisation wie die Hamas ist nicht mit den Menschen in Gaza identisch. Einmal mehr zeigt sich in diesem Konflikt, dass die Hamas auch die eigene Zivilbevölkerung für ihre Zwecke missbraucht. Daher setzen wir uns dafür ein, die Palästinenserinnen und Palästinenser im Gazastreifen durch humanitäre Hilfe zu unterstützen. Sie sollen nicht büßen müssen für die Terrorakte der Hamas. Wir halten es für sinnvoll und angebracht, dass die entsprechenden Hilfen der EU und Deutschlands für die notleidende Zivilbevölkerung in Gaza deutlich erhöht wurden. Denn klar ist: Unter bewaffneten Konflikten leiden zuallererst die Zivilbevölkerungen, insbesondere Familien, Frauen und Kinder.

Für uns in Dortmund steht fest: Die internationale Gemeinschaft muss jetzt den Druck sowohl auf die Hamas und ihre Verbündeten aber auch auf Israel erhöhen und sie zu einer sofortigen humanitären Waffenruhe bewegen. Die israelischen und internationalen Geiseln müssen umgehend freigelassen werden. Es bedarf eines internationalen Schulterschlusses, um dem Terror umgehend Einhalt zu gebieten und weitere unschuldige Opfer zu vermeiden.

Die SPD Dortmund sieht auch die gesamte Region in der Verantwortung, Israels legitimen Kampf gegen den Terror der Hamas zu unterstützen und humanitäre Hilfe zu leisten. Vor allem der Iran ist aufgerufen, die Finanzierung und Unterstützung von Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah sowie seine antisemitische Propaganda gegen Israel umgehend einzustellen. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler für die Nachbarländer Israels, vor allem Libanon und Syrien, den Terror gegen Israel politisch auszunutzen.



Ägypten hat den Grenzübergang in Rafah bereits für humanitäre Hilfe geöffnet. Aber weitere Öffnungen sind notwendig. Jordanien und Ägypten müssen den Menschen in Gaza die Flucht in Sicherheit und Schutz vor dem Kampf gegen die Hamas ermöglichen. Alle Länder der Abraham Accords sollen sich für die Freilassung der Geiseln einsetzen und an der Normalisierung der Beziehungen zu Israel festhalten. Der Terror der Hamas darf hier keinen Erfolg zeigen und zu keinem Rückschritt führen. Wir sind zutiefst besorgt, dass der wiederholte Terror zu einem langen Krieg führt, der Gewalt, Leid, Zerstörung und Blutvergießen mit sich bringt und auch das gemeinschaftliche Zusammenleben in Dortmund in Unruhe versetzen kann.

Mit Abscheu und Entsetzen sieht die SPD Dortmund, dass weltweit und in erschreckenderweise auch bei uns im Ruhrgebiet der Terror und die Verbrechen der Hamas bejubelt werden. Wer das tut, entwürdigt die Opfer, tritt die Menschlichkeit mit Füßen und unterstützt Mord und Terrorismus. Dafür darf es auf unseren Straßen keinen Platz geben und harte Konsequenzen sind angemessen. Alle Vereine, Verbände und Gruppierungen, die als Vorfeld für Terrororganisationen dienen, müssen verboten werden. Daher begrüßen wir das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordnete Verbot von Hamas und Samidoun in Deutschland.

Das alles darf nicht zum Vorwand und Anlass für Antisemitismus und Gewalt gegen Jüd\*innen dienen. Unsere jüdische Gemeinde in Dortmund, kann sich auf die SPD Dortmund verlassen. Jüdische Einrichtungen, wie Synagogen, Gemeindezentren, Schulen, Kindergärten, Restaurants und Geschäfte dürfen kein Angriffsziel in Deutschland werden. Den Brandanschlag auf die Synagoge in Berlin verurteilen wir auf das Schärfste. Auch Beleidigungen, Bedrohungen oder, wie zuletzt in Berlin geschehen, die Kennzeichnung von Häusern, in denen Jüd\*innen leben, sind nicht hinnehmbar. Wir werden alle Mittel des Rechtsstaats einsetzen, um dies zu unterbinden. Jüd\*innen müssen sich in Deutschland und in Dortmund sicher fühlen, unabhängig von der internationalen Sicherheitslage. Dies gilt ebenso für muslimische Einrichtungen, die nun auch vermehrt angegriffen werden. Muslim\*innen in Deutschland dürfen nicht für den Terror der Hamas bestraft werden.

Aus diesem Grund rufen wir die Menschen in unserer Stadt dazu auf, sich nicht von Hass und Hetze anstecken zu lassen und stattdessen den Dortmunder Weg des besonnenen Dialogs auch weiterhin gemeinsam zu gehen. Gerade jetzt müssen wir Wege finden, zusammenzustehen und friedliche Zeichen der Anteilnahme an die Betroffenen in der Region senden.